Gut bekannt und unerreicht?

Nichtwähler_innen und Wahlbeteiligung

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Forum Politik und Gesellschaft

DEMOKRATIE KANN MICH KREUZWEISE WÄHLE!

Dieses Policypaper dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse der Fachtagung
Gut bekannt und unerreicht? Nichtwähler_innen und Wahlbeteiligung
der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 31. Mai 2016.

Folgende Studien, auf die im vorliegenden Text rekurriert wird, wurden auf dieser Tagung vorgestellt und diskutiert:

- Michael Kaeding: *Sozialdemographisches Profil der Nichtwähler_innen*, Reihe Empirische Sozialforschung der FES Nr. 6 (Link: http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12701.pdf)
- Beate Küpper: *Das Denken der Nichtwähler_innen – Einstellungsmuster und politische Präferenzen*, Reihe Empirische Sozialforschung der FES Nr. 7 (erscheint im Herbst 2016)
- Maximilian Blaeser, Felix Butzlaff et al.: *Wahl und Nichtwahl. Politikeinstellungen und Politik-Hoffnungen in Göttinger Stadtvierteln*, Reihe Empirische Sozialforschung der FES Nr. 5 (Link: http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12567.pdf)
- Stefan Dahlberg: *Voter Turnout in Sweden 1994-2014*, Friedrich-Ebert-Stiftung, International Policy Analysis, Juli 2016 (Link: http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12669.pdf)

Eine Videoaufzeichnung der gesamten Fachtagung findet sich im Internet unter:
www.youtube.com/watch?v=xuAub01oYQo&list=PLI9CwYW3a-6U2HfXTwvnojhbQFdHPUQtv

Autor: Arne Cremer, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Verantwortlich: Dr. Tobias Mörschel, Friedrich-Ebert-Stiftung
Fotos: Reiner Zensen
Gestaltung: Andreas Rupprecht

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
© Friedrich-Ebert-Stiftung

Einleitung

Welche Auswirkungen hat eine stetig sinkende Wahlbeteiligung auf die Demokratie und welche Maßnahmen der Nichtwähleraktivierung können am ehesten die Bereitschaft zu politischer Partizipation wieder erhöhen? Dies sind die Leitfragen des vorliegenden Policypapers. Trotz der kürzlich wieder gestiegenen Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, die in einigen Kommentaren schon als Ende des Negativtrends sinkender Wahlbeteiligung beschworen wurde, lässt der Blick auf die Langzeitentwicklung in Deutschland nur sehr verhaltenen Optimismus zu. Vielmehr bedarf es der dauerhaften Bestätigung der jüngsten Ergebnisse, um von einer Trendwende sprechen zu können.

Wahlen bilden das Kernelement demokratischer Beteiligung, da die Wahlberechtigten erst an der Wahlurne die Volkssouveränität ausüben, die als entscheidendes institutionelles Identitätsmerkmal der Demokratie in ihrem Ursprung angelegt worden ist. Interpretieren die Wahlberechtigten den Grundsatz der Wahlfreiheit verstärkt als legitime Möglichkeit, der Wahlurne fernzubleiben, gerät die integrative bzw. inkludierende Funktion von Wahlen in Gefahr. Dies gefährdet wiederum den Grundsatz der Wahlgleichheit, denn verschiedene wissenschaftliche Studien konnten den Nachweis erbringen, dass es zu einer verstärkten sozialen Selektivität bei Wahlen kommt. Geht man weiter davon aus, dass der generelle Gesundheitszustand und die Akzeptanz des demokratischen Systems im Sinne eines inputorientierten Demokratieverständnisses nicht zuletzt an der Höhe der Wahlbeteiligung abzulesen sind, darf die soziale Schieflage einer sinkenden Wahlbereitschaft als ein zentrales Krisensymptom der repräsentativen Demokratie diagnostiziert werden.

Soziodemographisches Profil der Nichtwähler_innen

„Gut bekannt?" – dies meint im Zusammenhang mit der Erforschung sinkender Wahlbeteiligung vor allem das mittlerweile recht eindeutig definierbare soziodemografische Profil verschiedener Typen von Nichtwählern. So zeigt Michael Kaeding in seiner Analyse den Trend der sich massiv verstärkenden sozialen Spreizung zwischen der Mehrheit der deutschen Wähler und der Mehrheit der nicht Wählenden auf. Vor allem die Betrachtung des Grades der formalen Bildung und des Haushaltseinkommens sowie die Fragen nach einem Beschäftigungsverhältnis und dem Klassenzugehörigkeitsgefühl zeigen: Es machen vor allem die Menschen überproportional keinen Gebrauch von ihrem Stimmrecht, die ein vergleichsweise niedriges formales Bildungsniveau aufweisen oder von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Bereitschaft zur Nichtwahl verstärkt sich weiter dadurch, dass sich zunehmend homogene Lebenswelten dauerhafter Nichtwähler herausbilden, in denen es durch einen wechselseitigen Legitimations- zu einem sozialen Normalisierungsprozess der Nichtwahl kommt. Dies trifft vor allem für urbane Gebiete zu, die durch eher prekäre sozioökonomische Lebensverhältnisse geprägt sind und oftmals trennlinienartig gegenüber anderen Stadtbezirken als eigene Wahlbezirke sichtbar gemacht werden können. In erster Linie dominiert die soziale Spreizung der Wählerschaft den öffentlichen Diskurs im Hinblick auf die derzeit feststellbare Repräsentations- und Legitimationskrise der Demokratie. Einerseits steht es den Stimmberechtigten im Sinne der Wahlfreiheit zu, ihre Stimme zu verweigern oder der Wahlurne aus Desinteresse am politischen Geschehen fernzubleiben. Andererseits ändert dies nichts an dem Fakt, dass die eigentlichen Volksvertreter in den Parlamenten ihren Wahlauftrag nur noch von bestimmten Teilen der Bevölkerung erhalten. Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang zusätzlich, dass Bürger mit hoher Bildung, gesichertem Einkommen und beruflichen Netzwerken ohnehin bessere Möglichkeiten zur Interessenvertretung haben, verschärft die sozial unterschiedliche Wahlbeteiligung die Schieflage in der politischen Repräsentanz: Eine niedrige Wahlbeteiligung reproduziert und verstärkt folglich die soziale Ungleichheit in Deutschland.

In der Diskussion darüber, ob sich Deutschland somit zu einer Mittelschichtsdemokratie entwickelt, lässt sich auf eine weitere alarmierende Entwicklung hinweisen: Die Ungleichheit der Wahlbeteiligung wird insbesondere dann verstärkt, berücksichtigt man das Alter der wiederholten Nichtwähler. Aktuell bleiben vermehrt vor allem junge Menschen der Wahl fern. Gab es einst einen sogenannten Lebenszyklus der Wahl, der bedeutete, dass vor allem junge und alte Menschen häufiger der Wahlurne fernblieben, verabschieden sich zunehmend junge Menschen mit niedrigem formalem Bildungsniveau und aus schwächeren sozialen Milieus bereits früh von der politischen Teilhabe.

Die soziale Schieflage birgt folglich das Risiko, dass viele Wahlberechtigte ihre Stimmabgabe verweigern, ohne überhaupt jemals an einer Wahl teilgenommen und damit den für eine selbstbestimmte politische Teilhabe notwendigen individuellen Lernprozess des Wählens durchlaufen zu haben. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels verschärft das beschriebene Problem folglich das Potenzial einer zukünftigen massiven Unterrepräsentation bestimmter Gruppen junger Menschen und ihrer Interessen in den Parlamenten.

Die beschriebenen Auswirkungen des Phänomens einer sinkenden und sozial verzerrten Wahlbeteiligung auf allen Wahlebenen gelten dabei keinesfalls nur für Deutschland. Unter Berücksichtigung länderspezifischer Wahlniveaus kommt Kaeding zu dem Schluss, dass die Wahlbereitschaft auch in den meisten anderen europäischen Staaten derzeit sinkt, wenngleich die Wahlbeteiligung unterschiedlich stark von sozialer Ungleichheit geprägt ist. Die Steigerung der Wahlbereitschaft, die Sicherung sozialer Gerechtigkeit und die Stärkung der Demokratie sind also nicht länger rein nationale, sondern entwickeln sich vielmehr zu gesamteuropäischen Aufgaben. Den politischen Parteien fällt dabei qua Selbstdefinition die Funktion der Stimmenakquise im demokratischen Willensbildungsprozess zu und eine möglichst hohe Wahlbeteiligung ist aktuell das erklärte Ziel aller etablierten demokratischen Parteien in Deutschland.

Einstellungsmuster und politische Präferenzen von Nichtwähler_innen

Unabdingbar für die Nichtwähleraktivierung ist die fundierte Kenntnis über die konkreten Motive und Einstellungsmuster von Nichtwählern auf der Individualebene. Beate Küpper hat hierzu eine aktuelle Analyse vorgelegt.

Im Unterschied zu sogenannten politisch Unentschlossenen fallen vor allem erklärte Nichtwähler durch besonders negative und pessimistische Einschätzungen ihrer persönlichen Lebensverhältnisse auf. Sie fühlen sich im Vergleich zu Wählern und den Unentschlossenen sozial deprivierter

und sind vor allem politisch enttäuscht. Optimistische Einschätzungen gehen davon aus, dass den meisten Nichtwählern zumindest noch eine grundsätzliche Demokratiezufriedenheit attestiert werden kann und sie folglich mit den etablierten Mitteln der politischen Kommunikation erreicht werden können. Pessimistische Einschätzungen kritisieren selbst diese Erklärung einer allgemeinen Parteien- bzw. Politikverdrossenheit als unzureichend. Die genannten Beschreibungen verschleiern demnach die Dimension des tiefer gehenden gesellschaftlichen Problems, dass sich eine Vielzahl von Nichtwählern dauerhaft von jeglicher Form der politischen Teilhabe verabschiedet, und dies vor allem aufgrund eines Gefühls der Ohnmacht in Anbetracht der eigenen prekären sozioökonomischen Lage und weil diese Menschen nicht mehr an gesellschaftspolitische Diskurse angebunden sind. Eine steigende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern ist also zunehmend politisch inaktiv.

In verschiedenen Studien der letzten Jahre konnte außerdem gezeigt werden, dass sich die Mehrheit der Nichtwähler in Anbetracht des verlorenen Vertrauens in die Angebote der etablierten demokratischen Parteien nicht einem bestimmten politischen Lager zuordnen lässt. Die meisten Nichtwähler verorten sich selbst weder am linken noch am rechten Rand, sondern in der politischen Mitte. Diese Selbsteinschätzung sorgt für das stimmige Bild, dass vor allem die dauerhaften Nichtwähler in erster Linie politisch heimat- und orientierungslos sind – ohne aktiv nach politischen Angeboten zur Interessenvertretung zu suchen oder sich an gesellschaftspolitischen Diskursen zu beteiligen. Felix Butzlaff wies mit Bezug auf seine aktuelle Göttinger Lokalstudie darauf hin, dass sich die Mehrheit interviewter Nichtwähler selbst kaum Bewertungen politischer Debatten oder Kritik zutraut. Erklärte Nichtwähler sprechen sich also selbst vermehrt die Urteilskompetenz in Sachen Politik ab, und die weitverbreitete Vorstellung politisierter intellektueller Nichtwähler, die aus Zufriedenheit mit gesellschaftspolitischen Zuständen die Stimmabgabe verweigern, kann in Anbetracht dieser Entwicklung als Mythos eingestuft werden.

Besonders kritisch einzuordnen ist die wachsende Distanz der Gruppe der Dauernichtwähler zu den politischen Parteien, wenn das Gefühl der Unzufriedenheit mit sich selbst vermehrt durch eine gegen die Parteien gerichtete und zugleich meist nicht konkretisierbare, sondern diffuse Anti-Establishment-Haltung verstärkt wird. Knapp 90 Prozent der erklärten Nichtwähler sprechen den Parteien nach Küppers Analyse die Problemlösungskompetenz ab und unterstellen in ebenso deutlichem Ausmaß, dass Politiker lediglich auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Vor allem politikferne und resignierte Nichtwähler scheinen daher zunehmend offen für rechtspopulistische Ansprache. Insbesondere die von rechtspopulistischen Parteien artikulierte Botschaft eines vermeintlichen Sich-Einsetzens für die „einfachen Leute" in Verbindung mit einem offenen Konfrontationskurs gegen sämtliche etablierte Parteien („die da oben") scheint viele Nichtwähler abzuholen. Auch deshalb, weil sich die rechtspopulistischen Kräfte in ihrer Ansprache der unter erklärten Nichtwählern verbreiteten Negativnarrative bedienen, indem gesellschaftliche Zustände in erster Linie pauschal kritisiert und angeprangert werden, ohne Bereitschaft zu zeigen, sich

an demokratischen Diskussionsprozessen und der Entwicklung konkreter Lösungen zu beteiligen. Wenngleich viele Nichtwähler ihre persönliche Enttäuschung über die etablierten demokratischen Parteien oftmals mit den eigenen prekären Lebensumständen in Verbindung bringen, hängen sie laut Küpper häufig neoliberalen Ideologiefragmenten an. Obwohl sie also aus neoliberaler Sicht selbst eigentlich gescheitert sind, entwickeln viele ein paradoxes Verständnis von Leistungsgerechtigkeit, durch das sie andere Gruppen von Menschen ab- und ihre eigenen Leistungen aufwerten. Nach Küppers Analyse scheinen durch die Verbindung der aufgezeigten Tendenzen insgesamt knapp 40 Prozent der erklärten Nichtwähler potenziell rechtspopulistische Einstellungsmuster zu besitzen. Dabei ist aber ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass viele aufgrund ihrer politischen Orientierungslosigkeit generell anfällig für jegliche Ideologieformen und damit auch für eine rechtspopulistische Ideologie zu sein scheinen, ohne dass eine fest verankerte rechtspopulistische Grundhaltung nachweisbar ist. Es scheint unter dem Eindruck einer konjunkturellen Zunahme derzeitiger Einstellungsmuster erklärter Nichtwähler dennoch so, dass die Ängste und Probleme vieler Nichtwähler in einem besonderen Maße als Elemente rechtspopulistischer Wahlkampfstrategien wiederzufinden sind.

Auch wenn vor diesem Hintergrund die jüngsten Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland" (AfD) in Zusammenhang mit einer gleichzeitig gestiegenen Wahlbeteiligung zur Prognose verleiten, dass in Zukunft vor allem das rechte politische Lager von einer steigenden Wahlbereitschaft profitieren wird, kann diesbezüglich noch keine seriöse Einschätzung gegeben werden. Dies liegt in erster Linie daran, dass die AfD ein noch junger Akteur auf der politischen Bühne ist und all ihre Wahlergebnisse in Anbetracht des dynamischen Veränderungsprozesses der Partei noch als Momentaufnahmen mit singulären Einflussfaktoren gewertet werden müssen. So konnte die AfD im Jahr 2016 bei Landtagswahlen dort Zugewinne erzielen, wo die Wahlbeteiligung stieg, und war im Gegensatz zu den Europawahlen 2014 in solchen Wahlbezirken besonders stark, wo die Wahlbeteiligung gering war. Zugleich muss dennoch die lange Zeit unter anderem von Armin Schäfer unterstützte These, dass vor allem Parteien des linken Spektrums stets von einer steigenden Wahlbeteiligung profitieren, in Anbetracht der jüngsten AfD-Ergebnisse kritisch hinterfragt und zukünftige Korrelationen von AfD-Erfolgen und steigender Wahlbeteiligung aufmerksam im Blick behalten werden.

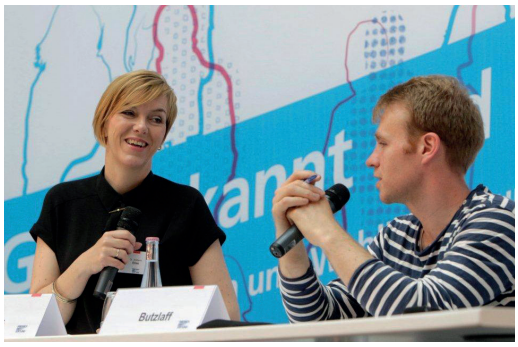
In jedem Fall erscheint das bei einer wachsenden Zahl von Nichtwählern herrschende Gefühl „Politics is not for us" mit Blick auf (Nicht-)Wähleransprachen rechtspopulistischer Parteien neben der generell sozial ungleichen Wahlbeteiligung als größte Gefahr für die Stabilität des demokratischen Systems.

Wahlbeteiligung steigern – (wie) geht das konkret?

Dem Trend einer sinkenden Wahlbeteiligung kann in keinem Fall mit einem Patentrezept zur Wahlmobilisierung aller Nichtwähler begegnet werden. Da die Nichtwähler keine homogene Gruppe bilden, lassen sich vor dem aufgezeigten Hintergrund einer wachsenden Zahl dauerhafter und politikferner Nichtwähler vielmehr verschiedene Anregungen formulieren, die durch eine kombinierte Anwendung zumindest eine nachhaltige Steigerung der politischen Teilhabe politisch Abgehängter in Aussicht stellen und damit das angewachsene Repräsentationsproblem mittel-, aber vor allem langfristig beheben könnten.

Die große Gruppe erklärter Nichtwähler kann wohl kaum noch durch von Parteien aus der Ferne kommunizierte, inhaltliche politische Themen oder klassische Formen der politischen Bildung für die demokratische Teilhabe (zurück)gewonnen werden. Dies gilt vor allem für Versuche der kurzweiligen Stimmenakquise in Wahlkampfzeiten. Der bei vielen Bürgern verloren gegangene Kontakt zu politischen Diskursen und eine ausgeprägte politische Orientierungslosigkeit machen es vielmehr erforderlich, diesen Menschen dauerhaft in ihren konkreten Lebenswelten zu begegnen und sie mit einer auf ihre individuellen Probleme zugeschnittenen und aktivierenden Arbeit vor Ort unmittelbar anzusprechen. Die Strategie einer Arbeit vor Ort macht vor allem deshalb Sinn, weil laut der Göttinger Lokalstudie viele befragte Nichtwähler Probleme in ihren Stadtteilen und Wohngebieten sehr konkret benennen können und damit Ansatzpunkte für unterstützende politische Maßnahmen liefern. Die lokalpolitische Arbeit sollte dabei in keinem Fall im Rahmen anstehender Wahlen aus taktischen Gründen instrumentalisiert werden, um das vorhandene Misstrauen gegenüber den Parteien nicht weiter zu reproduzieren. Anstelle einer auf Nichtwähler ausgerichteten kurzfristigen Kampagnenarbeit zu Wahlkampfzeiten muss eine langfristige und idealerweise überparteiliche Strategie zur Rückgewinnung erklärter Nichtwähler entwickelt werden, die sich der Ursachen sinkender Wahlbeteiligung annimmt und nicht bloß sichtbare Symptome behandeln will. Im ersten Schritt könnte diese den Charakter sozialer Arbeit haben, die auf Community Building setzt. Entscheidend für dieses Vorgehen ist, sich solcher Probleme anzunehmen, zu denen die Menschen persönliche Bezugspunkte besitzen, die stabil bleiben und daher einen intensiven Austausch benötigen, um bewältigt zu werden. Es müssten zunächst also niedrigschwellige Engagement-Angebote gemacht werden. Die positive Erfahrung von Selbstwirksamkeit durch Engagement vor Ort könnte folglich den entscheidenden Grundstein für eine schrittweise Repolitisierung und die langfristige Rückgewinnung vieler erklärter Nichtwähler legen.

Für Wahlkampfstrategien der Parteien bedeutet dies im Umkehrschluss, dass die Mehrheit der Nichtwähler keine geeignete Zielgruppe für kurzfristige und befristete politische Appelle ist. Wahlkampf-Manager Frank Stauss begründet diese Einschätzung damit, dass das Problem für viele Nichtwähler eben nicht der Wahlakt, sondern die gewachsene Distanz zu den Parteien und ein damit einhergehender Veränderungsprozess des Demokratieverständnisses seien. Die alleinige Fokussierung auf das nächste Wahlergebnis wird demnach dem Anspruch, dem Problem der langwierig gewachsenen sozial ungleichen Wahlbeteiligung wirksam zu begegnen, nicht gerecht. Dennoch können vor allem konjunkturelle Nichtwähler, wie bei den letzten Landtagswahlen geschehen, auch durch spezielle Wahlkampfdynamiken kurzfristig zur Stimmabgabe bewegt werden. Die jüngsten Landtagswahlen haben gezeigt: Dort, wo die Menschen verstärkt das Gefühl hatten, eine echte Wahl zwischen politischen Alternativen zu haben, ist die Wahlbeteiligung gestiegen. Eine stärkere Polarisierung, sowohl auf inhaltlicher Ebene als auch zwischen starken Persönlichkeiten, konnte vielen vormals politisch Uninteressierten das Gefühl zurückgeben, mit der Stimmabgabe Einfluss auf den Wahlausgang zu nehmen. Wenngleich für Parteien nicht immer kontrollierbar, kann durchaus die Prognose formuliert werden: Je offener der Ausgang einer Wahl, je stärker die Polarisierung zwischen zwei unterscheidbaren politischen Lagern und je eher Parteien in diesem Zuge wieder eine Problemlösungs- bzw. Zukunftskompetenz zugetraut wird, desto wahrscheinlicher ist ein unmittelbarer Anstieg der Wahlbeteiligung.



Für die kurzfristige Rückgewinnung erklärter Nichtwähler ist bei deren Ansprache das transportierte Gefühl eines öffentlich wirksamen politischen Wettstreits entscheidend, weniger der konkrete Inhalt der Wahlprogramme. Insbesondere rechtspopulistische Parteien scheinen dies als wirksamen Hebel für den Wahlkampf erkannt zu haben und lassen sich weniger auf inhaltliche Programmatiken festlegen, sondern setzen bei Wahlkampfansprachen verstärkt darauf, Stimmungen zu erzeugen und Anti-Establishment-Gefühle zu schüren, dem auf der Sachebene nur schwer zu begegnen ist. So erklärte Katarina Barley, Generalsekretärin der SPD, sinnbildhaft, dass die Sozialdemokratie vor allem „Angebote für den Kopf" formuliere, während die AfD vor allem „Angebote für den Bauch" kreieren wolle. Erkennt man, dass viele Nichtwähler nicht in erster Linie mit komplexen inhaltlichen Programmen angesprochen werden, müssen die kurzfristigen Botschaften der etablierten demokratischen Parteien für diese Zielgruppe zum Teil vereinfacht und in ihrer Komplexität so reduziert werden, dass die Kernbotschaften ebenfalls die Chance auf eine emotionale Vermittlung haben.

Vereinfacht werden könnten auch verschiedene institutionalisierte Wege und Formen der Stimmabgabe, um so die Wahlbereitschaft zu steigern. So könnten laut Frank Decker schon kleine Änderungen, wie die Ausdehnung der Öffnungszeiten von Wahllokalen bis 20 Uhr oder das Aufstellen von Wahlurnen an eher unkonventionellen Orten abseits von Schulen und Ämtern,

die Wahlbeteiligung erhöhen. Darüber hinaus empfiehlt er eine universelle Form der Briefwahl, die nicht länger gesondert beantragt werden müsse, sondern den Wahlberechtigten mit Erhalt der Wahlbenachrichtigung automatisch zur Verfügung gestellt werde. Verfolgt man diese Idee weiter, könnte auch das schwedische Frühwahlsystem zum Vorbild werden. Dort besitzen die Wahlberechtigten die Möglichkeit, bereits mehrere Wochen vor der Wahl ihre Stimme an verschiedenen Orten im Land abzugeben, und zugleich die Option, ihre Entscheidung am Wahltag im Wahllokal zu revidieren. Zusätzlich sollte die Zusammenlegung verschiedener Wahlen auf denselben Termin das Problem der Wahlhierarchisierung abschwächen können, wenn zum Beispiel die von den Bürgern als weniger wichtig bewerteten Kommunalwahlen mit den als bedeutender angesehenen Bundestagswahlen zusammengelegt würden. Darüber hinaus sollten Parteien in Anbetracht der rapide voranschreitenden Digitalisierung Formen des E-Votings mit den klassischen Formen der Stimmabgabe verbinden, um zum einen die Stimmabgabe zu erleichtern (auch barriereärmer zu gestalten) und zum anderen jüngere und technikaffine Menschen anzusprechen. Auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für einzelne Wahlebenen könnte neue Anreize zur Stimmabgabe geben und zudem die Gefahr einer überproportionalen Unterrepräsentanz junger Menschen bei Wahlen verringern. Decker empfiehlt abschließend außerdem, alle Reformen des Wahlrechts zunächst für ausgewählte Kommunal- oder Landtagswahlen vorzunehmen und die dort gesammelten Erfahrungswerte als Legitimationsgrundlage für weitere Reformen in weiteren Bundesländern oder auf Bundesebene heranzuziehen.

Insgesamt betrachtet werden alle vorgestellten Empfehlungen aber nur in Kombination miteinander zu einem signifikanten Anstieg der Wahlbeteiligung führen. Wichtig für die politischen Akteure ist die Botschaft, dass den Ursachen des Langzeitphänomens einer sozial ungleich sinkenden Wahlbeteiligung nur mit langfristig ausgerichteten Strategien begegnet werden kann, will man kurzzeitige Zuwächse bei der Stimmabgabe nicht allein durch emotional polarisierende Wahlkämpfe herbeiführen. Von der Politik abgehängte, selbsterklärte Nichtwähler sollten von den Parteien in keinem Fall aufgegeben werden, nur weil sie sich nicht einfach kurzfristig zu parteistrategischen Zwecken für die politische Teilhabe zurückgewinnen lassen. Vor allem langjährigen Nichtwählern muss die Zeit zugestanden werden, wieder schrittweise Selbstwirksamkeitserfahrungen mittels Engagement zu machen, um so die Grundlage für eine Repolitisierung zu legen. Mit Blick auf die jüngeren Wahlberechtigten muss der Fokus auf innovativen Angeboten der politischen Bildung liegen. Wählen und die damit verbundene individuelle Entscheidungsfindung ist ein Lernprozess, der von entscheidender Bedeutung für die demokratische Teilhabe ist und eingeübt werden muss. So sollten Schulen folglich stärker zu den zentralen Orten politischer Partizipation werden, um wieder stärker auch Übungsplattformen demokratischer Aushandlungsprozesse zu sein. Schulen nehmen deshalb die entscheidende Position für eine Politisierung ein, da dort alle jungen Menschen erreichbar sind. Nach Ansicht Michael Kaedings sollten auch die außerschulischen Akteure der politischen Bildung zukünftig

einen Arbeitsschwerpunkt auf den politisch apathischen, sozial benachteiligten (potenziellen) Nichtwähler liegen, um dort das Verständnis für die Bedeutung der eigenen Stimme und des Wahlakts frühzeitig zu sichern.

Letztlich benötigen die politischen Entscheidungsträger – wollen sie Wahlbeteiligung erhöhen und derzeitige soziale Schieflage beseitigen – einen langen Atem. Ein Patentrezept für die Aktivierung von Nichtwählern gibt es nicht. So unterschiedlich die Gründe für die Verweigerung der Stimmabgabe im Einzelfall sein mögen und so hoch die Hürde auch sein mag, möglichst alle politisch abgehängten Bürgerinnen und Bürger wieder zur demokratischen Teilhabe zu bewegen: Will man den demokratischen Grundsatz der Wahlgleichheit schützen und das Repräsentationsproblem unserer Demokratie nachhaltig bekämpfen, dann ist dies kein Spielball für kurzsichtige und egoistische Parteitaktiken, sondern eine notwendige Gemeinschaftsaufgabe aller demokratischen Parteien in Deutschland.

Zusammenfassung

Hintergründe der sinkenden Wahlbeteiligung

- Der Trend einer sozial ungleichen Wahlbeteiligung in Deutschland beschert der Demokratie ein Legitimations- und Repräsentationsproblem, da dadurch der Grundsatz der Wahlgleichheit gefährdet ist. Die integrative und inkludierende Funktion von Wahlen gerät damit in Gefahr und die sinkende Wahlbeteiligung reproduziert soziale Ungleichheit.

- Die Höhe der Wahlbeteiligung variiert je nach Wahlebene, der Trend einer sozialen Schieflage ist aber auf allen Wahlebenen konstant. Zugleich ist diese Entwicklung keine ausschließlich deutsche, sondern vielmehr eine gesamteuropäische.

- Der überproportionale Anteil junger dauerhafter Nichtwähler birgt das Potenzial einer zukünftigen massiven Unterrepräsentanz junger Menschen aus sozial schwächeren Milieus und ihrer Interessen in den Parlamenten.

- Arbeitslosigkeit und geringes formales Bildungsniveau sind die zentralen Ursachen der sozial ungleichen Wahlbeteiligung auf allen Wahlebenen.

- Erklärte Nichtwähler zeichnen sich durch besonders negative und pessimistische Einschätzungen ihrer persönlichen Lebenswirklichkeiten aus. Sie sind vor allem politisch enttäuscht. Eine wachsende Zahl von Nichtwählern verabschiedet sich zugleich dauerhaft von jeglichen Formen der politischen Teilhabe, und dies vor allem aus dem Gefühl der Ohnmacht heraus. Eine Mehrheit der Nichtwähler spricht sich selbst die Urteilskompetenz in Sachen Politik ab und nimmt nicht an politischen Diskursen teil.

- Die meisten Nichtwähler verorten sich selbst weder am linken noch am rechten Rand, sondern in der politischen Mitte. Sie fühlen sich in erster Linie politisch heimat- und orientierungslos. Das Vertrauen in die Angebote aller etablierten demokratischen Parteien haben sie verloren. Knapp 90 Prozent der Nichtwähler sprechen Parteien die Problemlösungskompetenz ab und unterstellen Politikern, vor allem egoistische Ziele zu verfolgen.

- Viele Nichtwähler verbinden das Gefühl der Unzufriedenheit mit den politischen Akteuren mit einer meist nicht konkretisierbaren und diffusen Anti-Establishment-Haltung. Das Gefühl „Politics is not for us“ nutzen vor allem rechtspopulistische Parteien für ihre derzeitige (Nicht-) Wähleransprache.

- Der jüngste Anstieg der Wahlbeteiligung bei einzelnen Landtagswahlen bedeutet vor dem Hintergrund der langfristig sinkenden Wahlbeteiligung auf allen Wahlebenen in keinem Fall eine Trendwende. Die Zugewinne der AfD in Verbindung mit der zuletzt gestiegenen Wahlbeteiligung widerlegen nicht die lange Zeit vertretene Einschätzung, dass vor allem linke Parteien von einem Anstieg der Wahlbeteiligung profitieren. Allerdings sollte die weitere Entwicklung aufmerksam beobachtet werden.

Möglichkeiten zur Steigerung der Wahlbeteiligung

- Insbesondere die große Gruppe erklärter Nichtwähler kann wohl kaum noch durch von Parteien aus der Ferne kommunizierte, inhaltliche politische Themen oder klassische Formen der politischen Bildung für eine dauerhafte demokratische Teilhabe (zurück)gewonnen werden. Vor allem Kampagnenarbeit zu Wahlkampfzeiten kann eher Symptome der sinkenden Wahlbeteiligung als ihre tatsächlichen Ursachen bekämpfen.

- Anstelle einer auf Nichtwähler ausgerichteten kurzfristigen Kampagnenarbeit während Wahlkampfphasen sollten die Parteien eine langfristige und parteienübergreifende Strategie zur Rückgewinnung erklärter Nichtwähler entwickeln. Diese sollte sich an den von Nichtwählern formulierten Problemen in ihren alltäglichen Lebensräumen orientieren und könnte im ersten Schritt den Charakter sozialer Arbeit haben, die auf Community Building setzt. Niedrigschwellige Engagement-Angebote und positive Erfahrungen von Selbstwirksamkeit vor Ort könnten folglich den Grundstein für eine schrittweise Repolitisierung legen.

- Teile der Nichtwähler, wie bei den letzten Landtagswahlen geschehen, können auch durch spezielle Wahlkampfdynamiken kurzfristig zur Stimmabgabe bewegt werden.

- Die Menschen benötigen das Gefühl, mit ihrer Stimme Einfluss auf den Wahlausgang nehmen zu können: Je offener der Ausgang einer Wahl, je stärker die Polarisierung zwischen zwei politischen Lagern, desto wahrscheinlicher ist ein kurzfristiger (und kurzweiliger) Anstieg der Wahlbeteiligung.

- Die Kernbotschaften von Wahlprogrammen sollten für politisch weniger Interessierte in ihrer Komplexität reduziert und mit realen Bedürfnissen ihrer oftmals prekären Lebenswirklichkeit verknüpft werden, um über emotionale Ansprachen einen kommunikativen Zugang zu erhalten.

- Wahlrechtsreformen würden mit hoher Wahrscheinlichkeit einen gewissen Anstieg der Wahlbeteiligung bewirken: universelle Briefwahl, Entwicklung eines Frühwahlsystems nach schwedischem Vorbild, Zusammenlegung von Wahlterminen, E-Voting, Herabsetzen des Wahlalters auf 16 Jahre, Verlängerung der Öffnungszeiten von Wahllokalen bis 20 Uhr und die Zulassung unkonventioneller Orte für die Stimmabgabe jenseits von Schulen und Ämtern sind kurzfristig umsetzbare konkrete Vorschläge, die einen positiven Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung hätten.

- Mit Blick auf die jüngeren Wahlberechtigten muss der Fokus auf innovativen Angeboten der politischen Bildung liegen. Wählen und die damit verbundene individuelle Entscheidungsfindung ist ein Lernprozess, der von entscheidender Bedeutung für demokratische Teilhabe ist und eingeübt werden muss. So sollten Schulen folglich stärker zu den zentralen Orten politischer Partizipation werden, um wieder stärker auch Übungsplattformen demokratischer Aushandlungsprozesse zu sein. Dafür müssen Lehrpläne geändert und die partizipatorischen Elemente, sooft es geht, in den Schulalltag eingebunden werden.

- Die außerschulischen Akteure der politischen Bildung sollten zukünftig einen Arbeitsschwerpunkt auf die politisch apathischen, sozial benachteiligten (potenziellen) Nichtwähler legen, um in diesen Gruppen der Bevölkerung das Verständnis der Bedeutung der eigenen Stimme und des Wahlakts zu sichern.